



**Presse-Information (Feature)**  
**Berlin, 9. Dezember 2007**

---

## **Kinderkrebs um Atomkraftwerke Nicht die aktuellen Studienergebnisse müssen überprüft werden, sondern die derzeit gültigen Strahlenschutz-Grenzwerte**

Ohne Alfred Körblein und Reinhold Thiel wüsste die deutsche Öffentlichkeit nicht, dass bei Kindern das Risiko, an Krebs oder Leukämie zu erkranken, zunimmt, je näher sie an einem der deutschen Atomreaktoren wohnen. Das Deutsche Kinderkrebsregister in Mainz, das Bundesamt für Strahlenschutz, die Strahlenschutzkommission des Bundes und das Bundesumweltministerium – sie alle wollten jahrzehntelang von erhöhten Krebserkrankungen neben Atomkraftwerken nichts wissen, obwohl Ärztinnen und Ärzte vor Ort genau dies immer wieder festgestellt hatten.

Noch 1997 konnte oder wollte das Mainzer Kinderkrebsregister in seiner damaligen Studie (die so genannte „Michaelis-Studie“) eine erhöhte Krebsrate um deutsche Atomkraftwerke nicht erkennen. Der Wissenschaftler Dr. Alfred Körblein vom Umweltinstitut München schaute sich die Daten aus Mainz nochmals gründlich an und überprüfte den methodischen Ansatz der etablierten Wissenschaftler. Der Physiker kam 1998 zum Ergebnis, dass man mit den Daten des Mainzer Kinderkrebsregisters nachweisen kann, dass die Krebsrate bei Kleinkindern im Nahbereich der deutschen Atomkraftwerke um 54 Prozent signifikant erhöht ist.

Auf Initiative von Reinhold Thiel, Sprecher der Ulmer Ärzteinitiative, einer Regionalgruppe der atomkritischen Ärzteorganisation IPPNW, veröffentlichte Körblein 2001 eine weitere Studie zu Krebserkrankungen bei Kindern um bayerische Atomkraftwerke. Ergebnis: Die Kinderkrebsrate ist demnach signifikant erhöht, am höchsten um das Atomkraftwerk Gundremmingen mit 38 Prozent. Thiel machte die brisanten Ergebnisse öffentlich und die IPPNW verlangte vom Bundesamt für Strahlenschutz weitere Untersuchungen zur Ursachenabklärung. Doch die Strahlenschutzbehörde erkannte damals Körbleins Berechnungen nicht an. Das Mainzer Kinderkrebsregister stellte die wissenschaftliche Kompetenz von Körblein in Frage.

Für den niedergelassenen Arzt und IPPNW-Mitglied Reinhold Thiel, der in der Nähe des Atomkraftwerks Gundremmingen bei Ulm praktiziert, war das eine Herausforderung. Er sorgte für massiven öffentlichen Druck und dafür, dass über 10.000 Protestbriefe aus der Bevölkerung bei Behörden und Ministerien eingingen. Im Juli 2001 schließlich erkannte das Bundesamt für Strahlenschutz Körbleins Berechnungen an und akzeptierte die Notwendigkeit weiterer Studien. Als Konsequenz daraus beauftragte die Behörde 2003 das Deutsche Kinderkrebsregister mit umfangreichen Fall-Kontrollstudien mit Arbeitstitel „Kinderkrebs um Kernkraftwerke“ (KiKK). Körbleins methodische Vorschläge flossen in diese Studie ein.

Im Dezember 2007 liegt nun endlich das Ergebnis vor. Es ist brisant: Das Risiko für Kinder, an Leukämie zu erkranken, nimmt mit zunehmender Nähe zu einem Atomkraftwerk zu. Und: Die Fall-Kontroll-Studie beweist eine um 60% erhöhte Krebsrate und ein 120% erhöhtes Leukämie-Risiko für Kinder unter 5 Jahren, die im 5-km Umkreis von Atomkraftwerken wohnen. Die Arbeit ist mit einem Studienzeitraum von 24 Jahren von 1980 bis 2003 außergewöhnlich gut abgesichert.

Faktisch bestätigt die aktuelle Studie, was schon 1998 Körblein an der Mainzer Studie von 1997 kritisiert hat.

Diejenigen, die jetzt einräumen müssten, dass ihre Forschungsergebnisse von 1997 nicht mehr stimmen, behaupten nun in der neuen Studie, mit der Radioaktivität könnten die Krebserkrankungen und Leukämien neben Atomkraftwerken nichts zu tun haben.

Bundesumweltminister Gabriel stützt sich ebenso wie die CDU-Politikerin Reiche auf die offiziellen Strahlenschutzgrenzwerte. Doch diese Strahlenschutzgrenzwerte sind offensichtlich wissenschaftlich längst nicht mehr haltbar.

Das Risiko der Radioaktivität wird von den Behörden deutlich unterschätzt. So hat das EU-Forschungsprojekt „Soul“ seinem Leiter Dr. Peter Jacob vom GSF Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit zufolge etwa 4mal höhere Strahlenschäden in der Umgebung der russischen Atomwaffenschmiede Majak festgestellt als nach dem Risikomodell, das der deutschen Strahlenschutzverordnung zugrunde liegt, zu erwarten wären. Das bedeutet, dass die deutschen Strahlenschutzgrenzwerte offensichtlich zu hoch angesetzt sind. Im Übrigen ist inzwischen weitgehend unstrittig, dass es für die gesundheitlichen Auswirkungen von Radioaktivität keinen Schwellenwert gibt.

Es ist auch zu kurz gegriffen, wenn Minister Gabriel eben diese Grenzwerte als Grundlage nimmt, um vor laufenden Kameras zu behaupten, ein Zusammenhang zwischen den Atomkraftwerken und den Krebserkrankungen sei zweifelhaft. Die aktuellen Zahlen des Mainzer Kinderkrebsregisters, die die Arbeiten von Körblein bestätigen, werden in keiner Weise in Frage gestellt. Man ist sich inzwischen einig darin, dass Krebs und Leukämie zunehmen, je dichter Kinder an Atomreaktoren wohnen.

**Die IPPNW stellt fest: Nicht die aktuellen Studienergebnisse müssen überprüft werden, sondern die derzeit gültigen Strahlenschutz-Grenzwerte.**

**Kontakt:** Reinhold Thiel, Sprecher der Ulmer Ärzteinitiative: Tel 0176-511 64 195 oder 07346-8407  
Dr. Alfred Körblein, Tel. 0176-237 32 616 oder 0911-23 58 134  
Henrik Paulitz, IPPNW-Fachreferent für Atomenergiefragen, Tel. 0171-53 888 22 oder 0621-3972-668

**Internet:**

[www.ippnw.de](http://www.ippnw.de)  
[www.ippnw-ulm.de](http://www.ippnw-ulm.de)  
[www.alfred-koerblein.de](http://www.alfred-koerblein.de)

Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW), Körtestr. 10, 10967 Berlin, [www.ippnw.de](http://www.ippnw.de), Email: [ippnw@ippnw.de](mailto:ippnw@ippnw.de)